



Abgeordnete Kud im Parlament in Bahrain

Die Alpha-Mädchen (III) Die Debatte darüber, ob Frauen und Männer gleiche Rechte und gleichen Zugang zur Macht haben sollen, wird weltweit geführt. Je mehr Einfluss Frauen



haben, desto besser geht es einem Land, so die These von Frauenrechtlerinnen. Es gibt kaum Länder, die in dieser Frage weiter auseinanderliegen als Ruanda und Bahrain.

Der große Unterschied

Welchen Einfluss hat es auf eine Gesellschaft, wenn Frauen Macht haben? In Ruanda, einem Land mit hohem Gewaltpotential, ist die Frauenquote in der Politik hoch – und die Bürger sind friedlich. In Bahrain werden Frauen von Ämtern ferngehalten – und die Gewalt reißt nicht ab. *Zufall? Von Uwe Buse*

Es ist Abend in Bahrain, die Luft ist drückend, vor den Häusern brennen Müllcontainer, Bereitschaftspolizisten in Kampfmontur marschieren durch die Straßen, sie jagen Jugendliche, in den Händen Schlagstöcke, am Gürtel Tränengasgranaten. Schließlich fliegen Steine, Polizisten stürmen, Granaten explodieren. Schlagstöcke werden erhoben, fahren nieder.

Abd al-Dschalil al-Singeis umkreist das Viertel, in dem diese Straßenschlacht stattfindet, in seinem altersschwachen Mercedes. Er registriert die Flammen, sieht die Polizisten, aber es regt ihn nicht mehr wirklich auf. Er kennt die Verletzungen, die blutunterlaufenen Striemen auf den Rücken der Opfer, die Augen, geschwollen, nachdem Gummigeschosse sie trafen. Er hat sie oft gesehen in den vergangenen Jahren.

Im Hauptberuf ist Singeis Professor an der Universität von Bahrain, er lehrt Ma-

schinenbau, ist also Techniker, und er scheint ein ruhiger, analytischer Mann zu sein, kein Missionar.

Singeis war auch einmal Dekan seines Fachbereichs. Den Posten nahm man ihm, so erzählt er es, als Strafe für sein abendliches Engagement. Mit dem Titel verlor er 500 Dinar pro Monat, knapp 1000 Euro, ein empfindlicher Verlust.

„Aber immer noch besser, als krankenhaushausreif geschlagen zu werden“, sagt Singeis, „bislang prügelt unsere Regierung ja noch keine Krüppel.“ Auf der Rückbank seines Wagens liegt ein Rollstuhl, zwischen Singeis' Sitz und seiner Tür sind Krücken geklemmt. Er hatte Polio, als Kind.

Neben seinem Job als Professor und seinem Nebenjob als Menschenrechtler betätigt sich Singeis auch als Fremdenführer für Journalisten, die das Bahrain jenseits der Fünf-Sterne-Hotels, jenseits der

gläsernen Paläste der Banken kennenlernen wollen.

Wer Bahrain, den winzigen Inselstaat, den Sandflecken im Persischen Golf, besucht, betritt ein gespaltenes Land. An der Spitze steht eine sunnitische Königsfamilie, deren Mitglieder die Regierung und die Wirtschaft des Landes dominieren. Nahe dem Boden der gesellschaftlichen Pyramide leben die meisten Schiiten, sie stellen die Bevölkerungsmehrheit und leben weitgehend abgekoppelt vom Wohlstand und Luxus, die die Banken und Raffinerien dem Land bescheren.

Im Ausland gilt Bahrain als hoffnungsvoller Fall unter den arabischen Staaten am Persischen Golf, als Vorbild für den Rest. Immerhin dürfen die Frauen hier seit fünf Jahren wählen, im Oberhaus sitzt ein Christ, einmal im Jahr gastiert der Formel-1-Zirkus, und der König ist, gemessen an seinem Kollegen in Saudi-Arabien, ein mo-



Senatorin Inyumba (M.) mit ruandischen Politikerinnen

TINA HAGER / DER SPIEGEL / AGENTUR FOCUS

derater, dem Westen zugewandter Herrscher.

Singeis sieht das natürlich anders. Er prangert die Herrschaft des Königs an und die seines Onkels, des Premierministers, außerdem die Korruption, die Misswirtschaft im Staat, und Singeis fordert europäische Zustände für Bahrein. Viele seiner männlichen Mitstreiter tun das ebenfalls, auch sie nennen Europa als Vorbild, als Ziel.

Erst vor zwei Tagen stapften bewaffnete Uniformierte durch ein anderes Viertel, gleich um die Ecke, und wahrscheinlich wird es morgen, übermorgen oder wenig später wieder passieren. Singeis wird dabei sein, es sehen, es protokollieren und veröffentlichen, in seinem Blog im Internet, auf den Seiten von Freunden, von anderen Menschenrechtlern in Bahrein. Singeis weiß: Wahre Demokratie kommt nicht über Nacht.

Fragt man Singeis und andere Regimekritiker, was geschehen soll in diesem menschenrechtsarmen Land, geben sie bekannte Antworten. Die Moderaten sagen: Die Veränderungen müssen kommen durch den Druck des Auslands. Die Radikalen sagen: durch einen Aufstand der Massen. Und dann ist da noch eine dritte Antwort, die überrascht. Sie lautet: durch die Frauen. Wie in Ruanda.

Das afrikanische Land nahe dem Äquator ist alles andere als ein Menschenrechtsparadies, aber wenn man es aus der Perspektive der Frauen betrachtet, dann gibt es kaum Länder auf der Erde, die weiter voneinander entfernt sind als Bahrein

und Ruanda. Dort ist jeder zweite Sitz im Abgeordnetenhaus von einer Frau besetzt. Diese Quote schafft kein anderes Land der Welt, nicht einmal Streberinnennationen wie Schweden und Finnland.

Im Senat Ruandas ist das Verhältnis nicht ganz so spektakulär, aber immer noch bemerkenswert. Jeder dritte Posten wird von einer Senatorin besetzt. An der Spitze des Obersten Gerichts Ruandas: eine Frau. In der ruandischen Steuerbehörde, ganz oben: eine Frau. An der Spitze des staatlichen Fernsehens: eine Frau.

Im Gouverneurssitz der Ostprovinz, im Chefessel der Umweltbehörde, der Dorfgerichte, die über die Schicksale der Völkermörder verhandeln, im Bürgermeisterbüro von Kigali – Frauen, überall Frauen. 30 Prozent aller Führungspositionen in der Politik, der Verwaltung, der Justiz müssen von Frauen besetzt sein, so sieht es die Verfassung vor. An der Spitze des Landes steht allerdings ein Mann.

Bei der letzten Wahl erhielt Paul Kagame, der Präsident, 95 Prozent der Stimmen. Regimekritiker haben es schwer unter ihm. Manchmal verschwinden sie im Gefängnis. Manchmal verschwinden sie aus dem Land. Auch ließ Kagame seine Truppen immer wieder in den benachbarten Kongo einmarschieren, angeblich, um feindliche Milizen zu bekämpfen.

Trotzdem fällt die Kritik von Menschenrechtlern eher moderat aus. Das liegt zum einen an ihrem schlechten Gewissen. Wie alle anderen sahen die Menschenrechtler zu, als in Ruanda das große Schlachten stattfand, im blutigen Frühjahr

1994, als ein Zehntel der Bevölkerung hinweggemordet wurde.

Zum Zweiten wird Nachsicht mit der Situation in Ruanda geübt, weil Kagame den Anschein des guten Herrschers erweckt, eines Absolutisten, der die Entwicklung der Demokratie nicht blockiert, sondern nur bremst, um den Rückfall seines Landes ins Chaos zu verhindern. Dieser Ruf Kagames stützt sich im Wesentlichen auf die Annahme, dass er als nicht korrumpierbar gilt, zumindest nicht durch Geld.

Vor allem aber wird Ruanda gelobt, manchmal sogar gefeiert von Menschenrechtlern, weil es den Frauen zur Macht verholfen hat, was in vielen Ländern der Welt immer noch erfolgreich verhindert wird.

Keine Frauenbewegung hat den Frauen zu dieser Macht verholfen, kein ideologischer Kleinkrieg um Gleichberechtigung, sondern die Männer haben den Frauen den Weg an die Macht geebnet. Sie haben sich so lange umgebracht, bis den Frauen gar nichts anderes übrigblieb, als die leeren Stühle der Macht zu besetzen.

Unmittelbar nach dem Völkermord der Hutu an den Tutsi war das Verhältnis von Frauen zu Männern in Ruanda 7:1. Die Männer waren entweder tot oder ins Ausland geflohen. Nur zwei Prozent der Täter sollen Frauen gewesen sein, obwohl sie dieselbe Hasspropaganda hörten wie ihre Männer.

Die Emanzipation ist in Ruanda kein Akt des Widerstands gewesen, es war ein Akt der Opportunität. Es ist eine Emanzipation von oben, die hier stattfand, erst



ULI REINHARDT/ZEITENSPIEGEL

Gedenkstätte für die Opfer des ruandischen Völkermordes in Murambi, Besucherin: Nur zwei Prozent der Täter waren Frauen

von den Umständen verordnet, dann von der Regierung.

Frauen in Ruanda leiten Firmen, nicht nur kleine, sondern auch solche, die ihre Produkte nach Übersee, in die USA, an Kaufhausgiganten wie Macy's, verkaufen. Frauen in Ruanda sind Polizeichefs, Schweißer und, vor allem, Träger von Verantwortung.

Denn sie sind zuständig für den Frieden im Land, dafür, dass Ruanda nicht mehr Teil der allabendlichen Katastrophenshow in den Nachrichtensendungen dieser Welt ist. Aus Ruanda gibt es keine Bilder mehr wie zurzeit aus dem Irak, dem Gaza-Streifen. Ruanda ist kein Krisengebiet mehr, nicht mal mehr eine Konfliktregion. Ruanda hat heute eine der niedrigsten Kriminalitätsraten Afrikas. Dabei bietet das Land immer noch alle Voraussetzungen für einen mörderischen Bürgerkrieg.

Es gibt zwei Volksgruppen, die Hutu und die Tutsi, die immer noch allen Grund haben, einander zu hassen. Die Hutu könnten die Tutsi hassen, weil sie über Jahrzehnte die Helfer der belgischen Kolonialisten waren und die Hutu knechteten.

Die Tutsi könnten die Hutu hassen, weil sie an ihren Freunden und Verwandten den Völkermord begingen. Erst 13 Jahre ist das her. Die meisten, die das Schlachten überlebten, leben auch heute noch, sie könnten noch hassen, sie könnten noch rächen. Den Tod des Vaters, der Mutter, des Bruders, des Sohnes. Und die Hutu könnten dann wieder ihre Toten rächen. Im Nahen Osten, im Irak, funktioniert es genau so, in einer Endlosschleife.

Aber hier, in Ruanda, ist nichts davon zu spüren. Hutu und Tutsi arbeiten miteinander, beten nebeneinander in der Kirche, heiraten einander.

Es gibt viele, die diesen Umstand vor allem den Frauen zurechnen. Eine davon ist Swanee Hunt, ehemals Botschafterin der USA in Österreich, Zeugin der Greuel in Bosnien, nun Lehrende an Harvard's Kennedy School of Government und Initiatorin von „Women Waging Peace“, einer Organisation, deren Mitglieder davon überzeugt sind, dass es eine Arbeitsteilung gibt zwischen den Geschlechtern. Männer seien für Kriege zuständig, Frauen eher für den Frieden. Das ist ihre These – und das ist seit Jahrzehnten das große Klischee im Streit zwischen Frauen und Männern darüber, ob es der Welt besser gehen würde, wenn Frauen mehr zu sagen und mehr Einfluss hätten.

In Ruanda sieht Hunt ihre These ebenso bestätigt wie vorher in Bosnien. Dort hatte sie Frauen kennengelernt, die versuchten, den Frieden zu bewahren, in ihren

Männer sind für Kriege zuständig, Frauen eher für den Frieden. Das ist die These.

Dörfern, Städten, über ethnische Sperrgürtel hinweg, während die Männer damit beschäftigt waren, sich gegenseitig umzubringen. Seit dieser Erfahrung verbrachte Swanee Hunt einen Gutteil ihrer Zeit damit, Belege für ihre These zu sammeln. Sie fand dabei auch Mitstreiter, nicht nur Frauen, auch Männer. Männer, die sowohl die Politik gut kennen als auch die Frauen, Bill Clinton zum Beispiel.

Während seiner Zeit als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika moderierte er die Friedensverhandlungen in Camp David zwischen Palästinensern und Israelis. Sie scheiterten. Clinton sagte hinterher: „Hätten wir Frauen am Verhandlungstisch gehabt, hätten wir eine Einigung.“

Zu einer ähnlichen Ansicht kam ein Landsmann von Clinton. Er heißt Jonathan Howe, ist Admiral a. D. und leitete in den neunziger Jahren eine Uno-Mission im kriegsgeschüttelten Somalia. Howe sagt: „Die Frauen wollten eine Einigung. Sie waren eine positive Kraft. Sie hatten genug von ihren kriegführenden, Kat kauenden Ehemännern, die sie mit der Hausarbeit allein ließen.“

Studien, die von der Weltbank finanziert werden, legen einen Zusammenhang nahe zwischen der Anzahl von Frauen in Regierungen und dem Ausmaß von Korruption. Je mehr Frauen, desto weniger wird geschmiert, so kann man die Ergebnisse dieser Studien zusammenfassen. Und belegen lässt sich das beispielsweise mit der Geschichte von Ngozi Okonjo-Iweala, die im

Jahr 2003 ihren Job als Vizepräsidentin der Weltbank aufgab, um Finanzministerin Nigerias zu werden. Zu dieser Zeit bezeichnete Transparency International Nigeria als das korrupteste Land der Welt. Zwei Jahre später wurde Nigeria immerhin als eines der Länder gewürdigt, deren Verhältnisse sich deutlich gebessert hatten.

Es gibt das Buch „Soft Power“, ein liberaler Klassiker, geschrieben von Joseph S.

Nye, einem politischen und akademischen Weggefährten von Swanee Hunt. Nye schreibt: „Frauen verschaffen sich Einfluss durch Konsens, nicht so sehr durch Druck oder Zwang.“

Wenn das alles stimmt, wenn es also tatsächlich eine Arbeitsteilung gibt zwischen den Geschlechtern, dann muss man sich mit der Frage beschäftigen, warum das so ist.

Hunt und ihre Mitstreiter nennen immer wieder dieselben Gründe: Frauen hätten eine größere Affinität zum Frieden, zum Leben als Männer, weil sie die Kinder gebären. Weil sie, während des Kriegs und danach, die Verletzten pflegen, die Waisen aufziehen.

Frauen werden im Krieg vergewaltigt, zu Tausenden, und müssen mit den Folgen leben. Mit ungewollten Söhnen und Töchtern, die sie täglich erinnern an das, was sie erlitten haben. Manche von ihnen müssen außerdem auch noch mit Aids leben. Für Frauen dauern Kriege oft viel länger als für Männer, vor allem in Afrika.

Nach dem Genozid in Ruanda blieben die Alten zurück, die Kranken, die Verletzten, rund 500 000 Waisenkinder, die ihre Eltern während des Genozids verloren hatten – und die Frauen. Ruandas Trümmerfrauen, denen es oblag, sich um das zu kümmern, was vom Land, von seinen Menschen übrig war. Über die Frauen Ruandas kam die Gleichberechtigung, die Teilhabe an der Macht, nicht als Geschenk, sondern als Zumutung. In dem fast männerfreien Land gab es ein Vakuum, in allen gesellschaftlichen Bereichen, und die Frauen mussten es füllen.

So begann die Emanzipation in Ruanda, so begann die Veränderung des Landes von einem Katastrophengebiet in eine Republik, in der die Frauen nicht wirklich herrschen, aber in der Herrschaft ohne sie nicht mehr möglich ist. Und so vollzieht sich im Land so etwas wie ein ungewollter Menschenversuch, ein Exempel für ein Land, das urplötzlich in das Zeitalter der Gleichberechtigung katapultiert wird.

Beim Versuch, den Einfluss der Frauen auf die Gesellschaft zu erkennen, fallen zunächst die Gesetze auf, die sie mitgestaltet haben. Es sind, natürlich, in erster Linie Gesetze zur Verbesserung der Lage der Frauen in Ruanda, denn Politik von Frauen ist immer auch Politik für Frauen, Klientelpolitik. Aber dagegen ist wenig zu sagen in Ruanda, denn auch heute stellt die Klientel der Frauen noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

Bevor Frauen an der Macht beteiligt wurden, war Ruanda ein zutiefst patriarchales Land. Heute sind Frauen den Männern zumindest auf dem Papier, vor dem Gesetz, gleichgestellt. Sie dürfen, unter anderem, Bankkonten eröffnen wie Männer, und sie dürfen sich scheiden lassen. Werden sie geschieden, erhalten sie in der Regel die Hälfte des Besitzes. Sie dürfen



RODRIGUE NGOMI / AP

Präsident Kagame, Richterin: *Anschein des guten Herrschers*

wählen – und werden mittlerweile auch von Männern gewählt. Vergewaltigung ist heute in Ruanda ein Kapitalverbrechen. Demnächst wird Vergewaltigung auch in der Ehe strafbar sein.

Blickt man tiefer ins gesellschaftliche Leben Ruandas, versucht man die Situation in Ruanda mit der in Bahrain zu vergleichen, fällt auf, dass Ruanda ein leises Land ist. Es scheint so, als würde wenig gestritten. Das ist ein flüchtiger Eindruck, aber wer sich eine Weile im Parlament aufhält, dem Zentrum der Diskussions-, der Streitkultur jedes Landes, wer sich Debatten anschaut, Sitzungen verfolgt, der wird diesen Eindruck nicht mehr los.

Die Angriffe sind weniger heftig als in Bahrain, der Ton ist moderater, auch wenn Kameras dabei sind. Der Druck, sich profilieren zu müssen, scheint relativ gering zu sein in Ruanda. Fragt man nach Männern und Frauen, die dafür verantwortlich sein könnten, hört man immer wieder einen Namen: Aloisea Inyumba.

Die Emanzipation kam nicht als Geschenk, sondern als Zumutung über die Frauen.

Inyumba kämpfte mit Paul Kagame, dem Präsidenten, als der noch ein Rebellenführer war. Fünf Jahre lebte sie im Busch. Während des Genozids war sie in Ruanda, verlor schon während der ersten Massaker ihren Vater, war danach, mit Ende zwanzig, als Ministerin für die Beseitigung der Leichen im Land zuständig, soweit man in einem zerstörten Land ohne Infrastruktur für die Beseitigung von

800 000 Leichen überhaupt zuständig sein kann. Später war sie Gouverneurin der Ostprovinz, Mitglied der Versöhnungskommission, jetzt ist sie Senatorin und eine Art Mutter der Emanzipation.

Gäste empfängt sie in der Besucherecke des Senatsgebäudes, die Büros seien zu klein, nicht präsentabel, sagt sie. Inyumba ist eine schmale Person, sie ist Mutter, ihr Haus ist unpräzise, sie bewohnt keine Villa wie manche ihrer Kollegen.

Im Gespräch beantwortet sie Fragen präzise, lächelt wenig, weniger als deutsche Politikerinnen. Wer sie auf einer Reise begleitet, zu einer Konferenz, der sieht, wie sie Diskussionen leitet, fair, ökonomisch, aber keinesfalls herzlich. Sie sucht nicht die emotionale Verbindung zu ihren Gesprächspartnern, sie macht sich nicht klein, wie manche Frauen, sie pumpt sich nicht auf, wie viele Männer. Ihr scheint es meist um die Sache zu gehen. Vielleicht hat Inyumba tatsächlich den Einfluss, der ihr nachgesagt wird, vielleicht wirkt sie tatsächlich stilbildend auf die Politik ihres Landes.

Besucht man andere Orte im Land, Zeitungsredaktionen, Unternehmen, dann tritt man keine andere, keine bessere Welt. Natürlich wird gestritten, auch hart verhandelt, aber der Ton ist angenehmer als in Bahrain, vielleicht auch angenehmer als in Deutschland. Vielleicht ist das der wichtigste Beitrag der Frauen zum Leben in Ruanda. Der Ton, in dem es stattfindet.

Wie ein Katalysator wirkt dabei der Politikstil des Präsidenten. Eine der Lehren aus dem Völkermord war für Paul Kagame,

dass eine erneute Zersplitterung der Gesellschaft in Gruppen, Grüppchen, Ethnien auf jeden Fall verhindert werden müsse. Ruanda, das ist Kagames Überzeugung, darf nur die Heimat von Ruändern sein, nicht die der Hutu, nicht die der Tutsi. Das lässt sich im Parlament beobachten, wo die Abgeordneten nicht getrennt nach ihrer Parteizugehörigkeit oder gar ihrer Stammeszugehörigkeit sitzen, sondern in alphabetischer Reihenfolge.

Ruanda soll eine Gesellschaft von Gleichen unter Gleichen sein, mit nur minimalen Gegensätzen, das ist die offizielle Regierungspolitik.

Rund 4000 Kilometer und mehr als ein Zeitalter entfernt staunen die wenigen Menschenrechtler, die sich in Bahrein darum sorgen, dass die Frauen des Landes mehr Rechte bekommen, über solche Grundsätze von Regierungspolitik.

In Bahrein dürfen die Frauen zwar auch wählen, seit kurzem, und auch gewählt werden, aber ihre Chancen, ins Parlament zu gelangen, sind gleich null. 18 Frauen stellten sich im November 2006 zur Wahl, nur einer gelang der Sprung ins Parlament, und das unter seltsamen Umständen. Bahrein ist in zweifacher Hinsicht ein geteilter Staat. Eine Trennlinie verläuft zwischen Sunniten und Schiiten, die andere zwischen Männern und Frauen. Und es gibt keine ernsthaften Versuche der Regierung, dies zu ändern.

Genau das will Ghada Dschamschir tun. Sie kämpft für eine gerechtere Gesellschaft, sie ist überzeugt, dass mehr Frauen in der Politik auch mehr Ausgleich, mehr Frieden bringen, auch wenn sie selbst nicht gerade ein gutes Beispiel für die Integrationskraft des Weiblichen ist. Sie ist eher eine Rund-um-die-Uhr-Provokation für strenggläubige Muslime.

Dschamschir ist geschieden, und sie sagt, sie werde nicht wieder heiraten. Nicht in diesem Leben. Mit den Männern sei sie durch. Dschamschir ist nicht sittsam, wie es hier von den Frauen erwartet wird, folgsam ist sie schon gar nicht, und schweigen tut sie nur, wenn sie an einer ihrer Zigaretten zieht. Sie trägt ihr Haar offen, die Jeans eng, und Männern erweist sie nur dann Respekt, wenn sie ihn verdient haben, ihrer Meinung nach.

Ihren Kampf für eine bessere Welt kämpft sie in den Fluren und Sälen der Familiengerichte Bahreins, hier ist der Koran, die Scharia, die Grundlage des Rechts, hier sprechen islamische Gelehrte die Urteile über Frauen. An diesem Ort ähnelt Bahrein, der angeblich weltoffene islamische Staat, sehr seinem westlichen Nachbarn, dem fundamentalistischen Saudi-Arabien, und Ghada Dschamschir legt sich mit ihm an. Sie begleitet Frauen zu den Gerichtsverhandlungen, sie beschimpft



TINA HAGER / DER SPIEGEL / AGENTUR FOCUS

Aktivistin Dschamschir

In Bahrein dürfen Frauen jetzt wählen

Richter, nennt sie parteiisch, sie zerrt ihre Urteile, die Richter selbst und auch die Ehemänner aus der Nichtöffentlichkeit der Kammern auf die öffentliche Bühne.

Sie nennt Namen, Vergehen, sie blamiert den Staat, konterkariert seine Bemühungen um ein gefälliges, liberales Image in der Welt, und sie kann es sich leisten, sie muss sich nicht allzu viele Sorgen machen.

Sie entstammt einer sehr reichen Familie, und sie ist eine Frau. Das ist in ihrer speziellen Situation von Vorteil. Denn während ihre männlichen Mitstreiter niedergeknüppelt werden, begnügt sich der Staat in ihrem Fall damit, sie immer wieder

Für Frauen dauern Kriege oft viel länger als für Männer, vor allem in Afrika.

vor Gericht zu laden. Ins Gefängnis musste Dschamschir bisher noch nicht.

Das „Time“-Magazin zählte Dschamschir zu den Helden der arabischen Demokratiebewegung, wobei sie aber wohl eher im Ausland Wirkung erzielt, in Europa, in den USA. In ihrem Land scheint Dschamschir weitgehend isoliert zu sein. Es gibt zwar Männer und Frauen, die sich zu ihr und zu ihren Zielen bekennen, aber den meisten hier ist sie wohl zu laut, zu

schrill, zu radikal. In der Gruppe der Menschenrechtsaktivisten hat Dschamschir die Rolle der Revolutionärin gewählt, der außerparlamentarischen Opposition, die auf Druck setzt, nicht auf Kompromisse.

Einen anderen, den evolutionären Weg, geht Latifa al-Kud, die einzige Abgeordnete im Parlament Bahreins. Wie Dschamschir kommt sie aus einer einflussreichen Familie, wie Dschamschir ist sie Sunnitin, aber das ist es auch schon, was sie verbindet. Dschamschir nennt Kud „eine Blume“ und meint das nicht als Kompliment. Kud bestreitet, dass sie nur eine dekorative Funktion habe, ihre Wahl sei der Beginn eines langen Prozesses.

Wer ihre Situation verstehen will, muss sich nur eine Fernsehsendung aus dem Parlament anschauen. Da sitzt sie dann, in schwarzes Tuch gehüllt, konturlos, umgeben von weißgekleideten Männern mit Bärten.

Kud hat lange Jahre im Finanzministerium von Bahrein gearbeitet, zuletzt als Abteilungsleiterin. 2002 versuchte sie schon einmal den Sprung ins Parlament, ihr Wohnort lag in ihrem Wahlkreis, wo auch viele Familienmitglieder leben, viele Freunde. Kud verlor nur knapp, in der Stichwahl, gegen einen Fundamentalisten, der Männern rät, vier Frauen zu heiraten, um die Prostitution zu bekämpfen. Eine der Frauen sollte eine Ausländerin sein. So würden die Männer auch etwas für die Integration von Ausländern tun.

Im Herbst des vergangenen Jahres trat Kud wieder an, in einem neuen Wahlkreis, einer fast menschenleeren Insel. Ihre beiden Gegenkandidaten traten praktischerweise vor der Wahl zurück. Kud gewann, ohne gewählt worden zu sein.

Sie empfindet das nicht als Makel. Ihre Wahl sei ein Anfang, sagt sie. Im Parlament sitzt Kud im Finanzausschuss, sie ist die Vertreterin des Vorsitzenden. Das Rampenlicht sucht sie nur in ausgewählten Fällen, sie hält sich bislang zurück, setzt nicht auf Revolution, sondern auf Wandel durch Annäherung. Auch das ist ein erprobter Weg, Konflikte zu lösen. Die entscheidende Frage lautet allerdings immer, wer sich wem annähert.

Immerhin: Die Menschenrechtler in Bahrein müssen sich nicht mit dem moralischen Dilemma ruandischer Politikerinnen beschäftigen. Sie müssen sich nicht fragen, ob sie sich möglicherweise korrumpieren lassen durch die Nähe zur Macht, um die Macht für gute Dinge nutzen zu können.

Wenn in Bahrein etwas garantiert ist, dann ist es die Distanz der Weltverbesserer zur Macht. Sie müssen andere Wege gehen, um ihre Ziele zu erreichen. Auf den Staat können sie sich nicht verlassen.

Im nächsten Heft: Wie der Kampf um Gleichberechtigung ein Land wie Indien verändert